

Der totalitäre Staat als Symptom unserer Zeit

Von PAUL ROTH

In seinem kurz nach dem ersten Weltkrieg erschienenen Werk „Untergang des Abendlandes“ stellt Oswald Spengler die Theorie auf, daß jede Kultur Entwicklungsstufen wie ein Organismus aufweise, daß sie hierbei Epochen des Wachstums, der Blüte, des Alterns und des Vergehens durchlaufe und daß dieser Ablauf gesetzmäßig vor sich gehe, wie Spengler an einer Reihe von Kulturen nachzuweisen bemüht ist. Für unsere abendländische „faustische“ Kultur stellt er hierbei fest, daß sie die Symptome vorgerückten Alters zeige; daher der Titel „Untergang des Abendlandes“. Eines dieser Symptome ist das Auftreten des Cäsarismus, wir würden heute sagen, des totalitären Regimes.

Hätte Spengler sein Buch zwanzig Jahre später herausgebracht, so hätte er zahlreiche Beispiele dieses Symptoms anführen können. Mit dieser Feststellung soll nicht etwa Material zugunsten der Spenglerschen Theorie beigetragen werden. Seine in Einzelheiten anfechtbare, aber mit einem erstaunlichen Wissen und in bestechender Darstellung vorgetragene Grundthese ist vielmehr nicht nur als ein verhängnisvoller fatalistischer Kulturpessimismus zu bekämpfen, sondern vor allem wegen ihrer rationalen Doppeldeutigkeit abzulehnen. Um so mehr verdient das Problem des totalitären Staates als Symptom unserer Zeit eine Untersuchung, die freilich im vorliegenden Umfang und in dem jetzigen Zeitpunkt nur eine Anregung sein kann. Fehlt uns doch vor allem heute, wo wir noch mitten in diesen Fragen stehen, der Abstand von den Ereignissen, der für ein reiferes Urteil nötig ist; wenn freilich auch der geschichtliche Abstand, wie sich mit vielen Beispielen belegen läßt, kein einhelliges Urteil der Historiker zur Folge haben muß.

I.

Zunächst sei in einem kurzen Überblick das Tatsachenmaterial zusammengestellt, soweit es das Abendland betrifft. Nicht einbezogen sind also dabei die Diktaturen mittel- und südamerikanischer Staaten, die auf anderen historischen und politischen Voraussetzungen beruhen. Mitberücksichtigt ist aber die Türkei.

Im März 1917 brach in Rußland die Zarenherrschaft zusammen. Für ein halbes Jahr behauptete sich danach die liberal-demokratisch-sozialistische „Provisorische Regierung“. Sie grub sich aber selbst das Grab, als sie dem erschöpften Land aus ideologischen Gründen die Fortsetzung des Krieges gegen die Zentralmächte zumutete und damit der bolschewistischen Parole „Brot und Frieden“ den Boden bereitete. Am 7. November, dem heutigen Staatsfeiertag der Sowjetunion, wurde sie von

der sogenannten Oktoberrevolution — nach dem damals in Rußland noch geltenden Julianischen Kalender — gestürzt. Lenin übernahm die Macht. Nach seinem Tode 1924 ging aus den Diadochenkämpfen um seine Nachfolge schließlich Stalin als Sieger hervor.

„Am 19. Mai 1919 landete ich in Samsun“. So begann der türkische Staatspräsident Mustafa Kemal Pascha — nach der Einführung von Familiennamen in der Türkei Atatürk genannt — seine riesige sechstägige Rede vor den Vertretern der türkischen Volkspartei vom 15.—20. Oktober 1927, in der er die ganze Geschichte der Gründung und des Aufbaus der neuen Türkei darlegte. Von seiner Landung in Kleinasien an begann Kemal Pascha Schritt für Schritt mit der Loslösung Anatoliens von der Konstantinopeler Regierung, dem Aufbau des Widerstandes gegen die Westmächte, der Vertreibung der griechischen Truppen aus Kleinasien und der Errichtung der neuen republikanischen und autoritären Türkei. Mit seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1923 und der im gleichen Jahr erreichten Ersetzung des Diktatfriedens der Westmächte von Sèvres durch den Frieden von Lausanne war seine Macht nach innen und außen fest begründet. Seine Nachfolge übernahm nach seinem Tode 1938 der frühere Ministerpräsident Ismet Inönü.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte den Volksschullehrer und radikalen Sozialisten Mussolini zum Nationalisten und Kriegsanhänger gewandelt. Italien, obwohl zu den Siegerstaaten gehörig, ging unbefriedigt aus dem Kriege hervor und kommunistische Unruhen und Streiks erschütterten das Land. Das Parlament zeigte sich der Lage nicht gewachsen, und die von Mussolini gegründete nationalistische faschistische Partei faßte die rasch wachsende Bewegung gegen Kommunismus und Demokratie zusammen. Mit dem Marsch auf Rom am 28. Oktober 1922 kam sie zur Macht, da der König keinen Widerstand wünschte, und bis zu seinem Sturze 1943 hat Mussolini als Duce Italien diktatorisch regiert.

Als im November 1918 die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen zusammenbrach, traf Pilsudski aus deutscher Internierung ein und übernahm aus den Händen des noch von den Besatzungsmächten eingesetzten Regentschaftsrats die Staatsgewalt, die er als Staatschef bis 1922 führte. Dann zog er sich ins Privatleben zurück, da Polens Bestand und Grenzen, vor allem durch den siegreichen Abschluß des polnisch-russischen Kriegs im Frieden von Riga und durch den Erwerb des größeren Teils Oberschlesiens, gesichert erschienen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und die ungleichartige Zusammensetzung des Staates, dessen Bevölkerung zu etwa einem Drittel keine Polen waren, führten aber zu inneren Spannungen, ohne daß das Parlament, der Sejm, Abhilfe schaffen konnte. Da entschloß sich Pilsudski, der stets von einer Gruppe unbedingter Anhänger aus Offizierskreisen umgeben war, im Jahre 1926 durch einen

Staatsstreich die Macht an sich zu reißen und führte diese als Marschall diktatorisch bis zu seinem Tode 1935, obwohl er nur Kriegsminister und Ministerpräsident war. Die „Oberstengruppe“ seiner Anhänger mit Oberst Beck an der Spitze, der beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges Außenminister war, suchte dieses Regime fortzusetzen.

Parteikämpfe, Intrigen und wirtschaftliche Not beunruhigten Portugal sowohl zur Zeit seiner Königsherrschaft, die bis 1910 währte, wie unter der danach ausgerufenen Republik. Erst der Staatsstreich des Generals Carmona im Jahre 1926 machte dem ein Ende. 1928 berief er den Professor der Volkswirtschaft Salazar zum Finanzminister, 1932 zum Ministerpräsidenten. Er selbst wurde 1928, 1935 und 1942 zum Präsidenten der Republik auf 7 Jahre gewählt und 1949 trotz seiner 80 Jahre wiedergewählt. Den Staat bildete Salazar zu einer autoritären ständischen Republik um. Es gelang ihm, die Finanznöte und die inneren Schwierigkeiten zu beseitigen.

Wenn Johannes Scherr heute noch lebte, würde er wohl seinen kritischen Essays mit dem bezeichnenden Titel „Tragikomödie der Menschheit“ einen weiteren über die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland zugefügt haben. Wieviel irregelte Gutgläubigkeit der Anhänger, wieviel skrupellose Selbstsucht oder politische Verblendung der Drahtzieher in feudalen, großindustriellen und deutschnationalen Kreisen, wieviel Brutalität und Verlogenheit der nationalsozialistischen Führer und nicht zuletzt welches unbegreifliche Maß außenpolitischer Hilfsstellung fremder Regierungen mußte zusammenkommen, um dieser dämonischen Macht zu gestatten, die Herrschgewalt über unser unglückliches Volk zu erringen und bis zum bitteren Ende zu behaupten! Ein ungeheuerliches Beispiel für das Oxenstierna zugeschriebenen Wort, mit wie wenig Weisheit die Völker regiert werden.

Als in Spanien bei den Wahlen zu den Cortes im Jahre 1931 die Republikaner siegten, dankte König Alfons XIII. ab. Immer schärfer wurden aber im Lande die Gegensätze zwischen Rechts und Links, bis der Generalstabschef und Befehlshaber der Afrikaarmee Franco 1936 die Linkeregierung stürzte, den Oberbefehl über alle Streitkräfte der Rechten und seit 1937 auch als „Caudillo“ die Führung ihrer politischen Kerntruppe, der Falange, übernahm und nach mehrjährigen Kämpfen, in denen auf Seiten der Linken Internationale Brigaden, auf Seiten der Rechten deutsche und italienische Formationen fochten, Anfang 1939 die Herrschaft über das ganze Land errang. Als Staatschef auf Lebenszeit durch einen Volksentscheid bestätigt, regierte er, wie das ja in totalitären Staaten üblich ist, mit Hilfe des Einparteien-Systems. Seit 1947 führt er den Titel „Oberhaupt des Königreichs Spanien“.

Schon 1927 bildete sich in Rumänien eine faschistische Bewegung unter dem Namen „Eiserne Garde“. Sie wurde zunächst niedergehalten, besonders unter der autoritären Regierung des Königs Carol II. Als aber Rumänien 1940 den größten Teil seines erheblichen Gebietszuwachses aus dem ersten Weltkrieg an Ungarn und Rußland zurückgeben mußte, stürzte General Antonescu den König, der sich mit seiner Mätresse Frau Lupescu ins Ausland begab, und regierte unter dem jungen König Michael als Staatsführer — „Conducator“ — diktatorisch. 1941 trat Rumänien an der Seite Deutschlands in den zweiten Weltkrieg ein. Als nun Deutschlands Niederlage in Sicht war, wurde Antonescu 1944 selbst gestürzt und zwei Jahre später hingerichtet, während Rumänien in die sowjetische Einflußsphäre einbezogen wurde, was Ende 1947 die Abdankung des Königs Michael zur Folge hatte.

In Griechenland, das seit dem ersten Weltkrieg zwischen Monarchie und Republik hin- und herschwankte, regierte der Ministerpräsident des 1935 zurückgekehrten Königs Georg II. Metaxas diktatorisch bis zum zweiten Weltkrieg.

II.

Der Tatbestand ist also, daß innerhalb einiger zwanzig Jahre acht europäische Staaten — mit Einrechnung der Türkei sogar neun —, mit einer Einwohnerzahl, die mehr als die Hälfte Europas ausmacht, zum autoritären Regime übergingen, so daß wir hierin wohl oder übel ein Symptom unserer Zeit sehen müssen. Es liegt außerhalb des Rahmens des vorliegenden Aufsatzes, die kurz skizzierten Einzelfälle genauer zu untersuchen, zu beurteilen und zu werten. Es kann ohne weiteres unterstellt werden, daß manche Maßnahmen der Diktatoren Anerkennung verdienen, so z. B. die Reorganisierung der Wirtschaft Portugals, die innere Kolonisation in Italien oder die Lateranverträge. Daß es Deutschlands Schicksal war, einem Diktator in die Hände zu fallen, der sich als eine satanische Erscheinung entpuppte, ist unser großes und schmerzliches Unglück, das zu ergründen und zu überwinden eine Aufgabe für sich ist. Allgemein gehen wir jedenfalls von der Auffassung aus, daß der totalitäre Staat ein verhängnisvoller Irrweg ist, und stellen daher die Fragen, wie es dazu kommen konnte, daß so viele Staaten diesen Weg einschlugen, ob diese Bedrohung nun gebannt erscheint und ob die Demokratie, als die rechte Staatsform und als Gegenpol des totalitären Staates aufgefaßt, eine bessere Zukunft sichert.

Der Umbruch zur totalitären Staatsform erfolgte in allen aufgezählten Fällen in Zeiten der Not und Verworenheit, der Unordnung und innerer Schwierigkeiten, die in der Regel unmittelbare oder mittelbare Folgen des ersten Weltkrieges waren. An sich liegt in Notzeiten der Gedanke

einer Diktatur nahe. Selbst ein starr republikanischer Staat wie das alte Rom hatte sie für solche Fälle verfassungsmäßig vorgesehen, aber mit der weisen zeitlichen Beschränkung auf höchstens sechs Monate. Denn jede längere oder unbegrenzte Dauer birgt die Gefahr in sich, daß der Diktator seine Vollmachten übersteigert, die politische Betätigung und Freiheit des Volkes aber verkümmert.

Ein für unsere Zeit charakteristischer weiterer Faktor, der das Entstehen von Diktaturen begünstigt, ist die Masse. Zunächst in rein zahlenmäßigem Sinn. Mit Menschenmassen wie heute haben frühere Zeiten nie zu tun gehabt. Im Jahre 1800 zählte Europa 175 Millionen Einwohner, heute mehr als das Dreifache. Massen lassen sich am leichtesten diktatorisch lenken. Eine gewisse Anlage hierfür liegt auch in der Masse als solcher, in der Massenpsychologie, die Gustave Le Bon schon vor fünfzig Jahren unübertrefflich dargestellt hat: Massen sind in ihren Reaktionen immer größer, hemmungsloser, fanatischer als ein Einzelindividuum, auch im Autoritätsglauben. Kommen hierzu im Einzelfall noch Umstände, die die Durchsetzung der Diktatur erleichtern, wie die Tradition einer harten Obrigkeit in Rußland, ein niedriges kulturelles Niveau des einfachen Volkes wie in Spanien oder die Gewöhnung an Untertanengehorsam und Unterwürfigkeit wie in Preußen-Deutschland, so sind an sich gewisse Voraussetzungen für das Auftreten einer Diktatur gegeben.

Aber dies genügt noch nicht zur Erklärung, warum die Gegenkräfte gegen Diktatur und totalitären Staat in allen den dargelegten Fällen versagt haben. Denn die dadurch bedrohte und unterdrückte Demokratie ist doch keine Erfindung von heute, und kaum hundert Jahre ist es her, daß Revolutionen gegen den fürstlichen Absolutismus durch ganz Europa gingen. Es muß also doch wohl in dieser Hinsicht eine rückläufige Entwicklung eingetreten sein, eine Entwicklung, in der die Demokratie auch bei der Aufrechterhaltung der äußeren Formen an innerer Kraft verloren hat, eine gewisse seelische Verflachung und Vermassung, auf die die Schlagworte des totalitären Regimes einwirken konnten.

Eine solche Entwicklung liegt ohne Zweifel vor. Sie ist die Kehrseite des Fortschritts der Zivilisation, der Naturwissenschaften, der Technik, des Verkehrs, der Wirtschaft. Dieser Fortschritt betraf die Oberfläche, die Außenseite des menschlichen Wesens, ging aber nicht in die Tiefe. Er vervielfachte die Möglichkeiten menschlicher Betätigung und führte so ein gesteigertes Lebenstempo herbei. Die Besinnlichkeit kam zu kurz, Überheblichkeit und materialistische Denkweise breiteten sich aus. Sorge für die Verbesserung der eigenen materiellen Existenz, Zusammenschluß von Gruppen und Ständen zur Vertretung ihrer Interessen in Staat und Parlament, eine rein rationalistische Einstellung zu allen Problemen, auch denen des Lebens und der Seele, und schließlich Stolz darüber, wie man es so herrlich weit gebracht — das sind typische Züge gerade für die Mentalität der Gebildeten gewesen. Für Gott war nicht mehr viel

Raum in dieser Denkweise und Lebensauffassung. Fing der Mensch aber einmal an, über sich, seine Seele und seine Bestimmung nachzudenken, so packte ihn die Angst: Der Existenzialismus, die aus dieser Weltangst geborene Philosophie, ist auf geistigem Gebiet ebenso ein Symptom unserer Zeit, wie der totalitäre Staat auf politischem. Demokratie verflachte unter diesen Umständen zu einem formalen Begriff, der sich im gleichen Wahlrecht, dem Mehrheitsbeschuß und der Rechtsgleichheit vor dem Gesetz erschöpfte. Es fehlte der „Glaube an die menschliche Würde und den Wert der menschlichen Person“, wie es in der Präambel der Satzung der Vereinten Nationen heißt; es fehlte das Bewußtsein, daß Demokratie eine Aufgabe und eine Pflicht ist und daß sie nur ein schwaches Gerüst bleibt, wenn sie nicht von dem Fundament einer sittlichen Lebens- und Staatsauffassung getragen ist.

III.

Nun soll die Welt demokratisch wieder aufgebaut werden. Daß in der Demokratie das Heil liegt, ist ein allgemein anerkannter Grundsatz. Jede Partei ist demokratisch: liberal-demokratisch, sozialdemokratisch oder christlich-demokratisch. Die unter sowjetischem Einfluß stehenden Staaten nennen sich sogar mit etwas komischem Pleonasmus Volksdemokratien. Selbst die Diktatoren machten und machen ihre Verbeugung vor dem Prinzip der Demokratie, denn sie behaupten stets, das Volk zu repräsentieren oder in seiner Mehrheit hinter sich zu haben; die nationalsozialistischen Abstimmungskomödien dieser Art sind ja noch in frischer Erinnerung. Wie muß nun aber eine Demokratie aussehen, die der Welt Frieden und Sicherheit, uns Deutschen aber Wiederaufbau in sittlicher, geistiger, materieller Beziehung gewährleisten könnte?

Vor mehr als 2300 Jahren hat Plato in seinem Dialog über den Staat das Idealbild eines Staates entworfen. Von den zahllosen utopischen Staatsromanen, die seitdem im Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit erschienen sind, ist dieser der am tiefsten durchdachte. Denn er gründet den Idealstaat nicht auf ausgedachte oder ausgeklügelte Organisationsformen, sondern auf die sittliche Idee.

Platos Staat ist keine Demokratie, sondern eine Aristokratie im wörtlichen Sinne verstanden, eine Herrschaft der Besten. Drei Stände umfaßt der Staat: Die Herrscher oder Könige, die Krieger oder Wächter und die Masse der Gewerbetreibenden und Werktätigen. In jahrzehntelanger Erziehung und Auslese werden die Herrscher bestimmt. Sie müssen fünfzig Jahre alt sein, ehe sie in dieses hohe Amt eintreten können; sie müssen sich im Staatsdienst bereits vielfach bewährt haben und vor allem durch jahrelanges Studium wahre Philosophen geworden sein. Das heißt im Sinne der Ethik Platos nicht etwa, daß sie Buchgelehrte oder Erfinder irgendeines philosophischen Systems sein sollen, sondern daß sie die Ideen

des Guten und der Gerechtigkeit erkannt und in sich aufgenommen haben. Hat man dies erfaßt, so wird der berühmte Satz im 5. Buch des Staates verständlich: „Wenn im Staate nicht die Philosophen Könige werden oder die heutigen sogenannten Könige und Fürsten sich nicht aufrichtig der Philosophie ergeben, wenn nicht beides eins wird, politische Macht und Philosophie, und alle die einseitigen Naturen von heute, die bloß nach dem einen oder bloß nach dem andern streben, zwangswise ausgeschlossen werden, so ist des Elends kein Ende, des Elends im Staate und wohl auch des Elends im menschlichen Geschlecht.“ Plato aber, auch in dieser Hinsicht weiser als die vielen Erfinder von Utopien, weiß, daß „alles Gewordene vergehen muß“, und er zeigt die vorauszusehenden Stufen der Krankheit oder Entartung dieses Staates auf. Die erste ist die Timokratie, die Herrschaft der Ehrgeizigen und Streitlustigen, die zweite die Oligarchie, die Herrschaft der Gewinnsüchtigen und Habgierigen, und die dritte — die Demokratie.

Die Demokratie, sagt Plato, ist wohl eine „angenehme, herrscherlose und bunte Staatsform, die den Gleichen wie den Ungleichen gleiche Rechte einräumt ... Vor allem ist man frei ... Jeder Bürger kann tun, was er will ... Man lebt wie ein Gott in der Demokratie.“ Aber, „es ist im Leben der Bürger keine Ordnung und keine Notwendigkeit.“ Die Jünglinge wachsen auf, ohne daß ihre Seele geschützt ist durch „Wissenschaften, edle Tätigkeit und philosophische Gespräche, die der Wahrheit dienen“, und so ergreifen „Übermut, Willkür, Verschwendung, Schamlosigkeit“ von ihnen Besitz. Das also ist die Ursache dieser Entartung des Staates, daß „die Demokratie der Freiheit keine Grenze setzt und alles andere um ihretwillen vernachläßigt“, so daß die sittlichen Grundlagen des Staates, sein hohes und edles Ziel und die Erziehung auf dieses Ziel hin verlorengehen. Ist es aber so weit gekommen, so schlägt die „übergroße Freiheit“ um in die „übergroße Knechtschaft“. Aus der Demokratie entwickelt sich die letzte Entartung, die Tyrannis, oder, wie wir heute sagen würden, das autoritäre Regime. Die Volksführer werden zu Demagogen, und sie können sich nur als Tyrannen behaupten. Was Plato über Formen und Methoden der Tyrannis schreibt, liest sich in vielem wie eine Schilderung der hinter uns liegenden Hitlerzeit.

Plato schrieb als Grieche und Athener, unter dem frischen Eindruck der Katastrophe, die der Peloponnesische Krieg über Athen gebracht hatte, und zwar durch die Schuld der Demokratie dieses seines Heimatstaates. Dies erklärt zum Teil, daß Platos Vorstellung von der Demokratie nicht dem Ideal entspricht, das wir damit verbinden. Es ist aber auf der anderen Seite unbestreitbar, daß in den meisten der eingangs dargelegten Fälle der autoritäre Staat sich aus der Demokratie entwickelt hat, und der Schluß liegt nahe, daß diese Demokratien, denen offenbar eine innere Widerstandskraft fehlte, Mängel und Schwächen in der Art der Platonischen Demokratie aufzuweisen hatten. Eine Immunität gegen tota-

litäre Lehren von rechts wie von links hat in den letzten Jahrzehnten von den europäischen Großstaaten eigentlich nur England gezeigt, wo Geschichte und Tradition die Begriffe der natürlichen Rechte des Menschen schon tiefer eingewurzelt haben. Frankreich dagegen ist, wie die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt haben, durchaus nicht in gleicher Weise gegen derartige Einflüsse gesichert.

Nun hat sich das deutsche Volk eine neue Verfassung gegeben. Sie beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Dann werden diese Rechte aufgezählt. Von dem Recht auf Leben und Freiheit bis zum Briefgeheimnis, von der Glaubensfreiheit bis zur Freizügigkeit sind sie alle genannt. Suchen wir aber in den 19 einleitenden Artikeln der neuen Verfassung auch nach Pflichten, so finden wir nur drei, freilich an besonders wichtigen Stellen. Erstens im Artikel 1 die bereits angeführte Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Ferner in Artikel 6 die Feststellung, daß Pflege und Erziehung der Kinder nicht nur das natürliche Recht der Eltern ist, sondern auch „die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“. Und schließlich den Absatz 2 des Artikels 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Obwohl diese drei Punkte nur wenige Zeilen umfassen, enthalten sie das Wesentliche für den Bestand und die Festigung der Demokratie: Wenn die Jugend nach den Grundsätzen der Demokratie erzogen und soziale Gerechtigkeit im Staat verwirklicht wird, hat die Staatsführung die Basis im Volk, um Recht und Frieden nach innen und außen zu wahren.

Das aber ist es, was der Demokratie in weitem Maße gefehlt hat und noch fehlt: der innere Gehalt. Plato fand ihn in den sittlichen Werten der Philosophie, in den Ideen der Gerechtigkeit und des Guten. Wir können seine ethischen Forderungen aufnehmen, sie fester begründen und vervollständigen, indem wir sie einfügen in den Geist des Christentums. Es wird keine wahre Demokratie geben ohne Gott und keinen Frieden auf Erden ohne Ihn, und Spengler wird unrecht haben, wenn sich diese Erkenntnis im Abendlande durchsetzt.